

Das Studierendenparlament der HU möge beschließen:



Uni-(R)assist kündigen und austreten - für eine diskriminierungsfreie Hochschule !

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität fordert das Präsidium der Humboldt-Universität auf, den Vertrag mit uni-assist e.V. zu kündigen und aus dem genannten Verein auszutreten. Desweiteren fordert das Studierendenparlament, das Zulassungsverfahren für Bewerber_innen mit nicht-deutscher Hochschulzugangsberechtigung in das allgemeine Bewerber_innenverfahren zu integrieren und (bis auf die Zulassungsquote nach dem BerlHZG) gleichzubehandeln.

Derzeit müssen sich Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben haben, über den externen Verein uni-assist bewerben. Eine solche Bewerbung ist mit zusätzlichen Gebühren verbunden, die neben der Übersetzung für Zeugnisse allein für dafür entstehen, dass sich Menschen überhaupt bewerben können. Diese Gebühren müssen Bewerber_innen mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung nicht zahlen. Zudem scheint bei uni-assist oft Ansprechpartner_innen zu fehlen, die bei der Bewerbung zur Hilfe stehen. Im Zulassungsbüro und bei Compass sollen ratsuchende für Auskünfte auch nur an uni-assist weiterverwiesen worden sein. So können Unstimmigkeiten bei der Bewerbung nicht direkt mit der Hochschule selbst geklärt werden, was eine weitere strukturelle Benachteiligung darstellt.

Ein solches Bewerbungsverfahren diskriminiert Menschen zum Einen aufgrund ihrer Herkunft und zum Anderen aufgrund ihrer ökonomischen Situation. Dies wird dadurch verstärkt, dass Menschen mit nicht-deutscher Hochschulzugangsberechtigung ohnehin zahlreiche bürokratische sowie ökonomische Hürden durch den Ortswechsel zu überwinden haben. Hier werden Menschen systematisch und strukturell ausgegrenzt. Menschen mit nicht-deutscher Hochschulzugangsberechtigung besitzen in der Regel auch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und sind allein hierdurch schon in den meisten gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt.

Die Benachteiligung von Studieninteressierten ohne deutsche Hochschulzugangsberechtigung ist ein weiterer Ausdruck für die in der letzten Zeit wieder vermehrt um sich greifende "Das-Boot-ist-voll"-Rhetorik im politischen Diskurs in Deutschland. In Zeiten, in denen Innenpolitiker_innen von sog. "Armutsflüchtlern" schwadronieren, die "unseren" Sozialstaat ausnutzen wollen, fügt sich die Praxis, Menschen mit nicht-deutschen Hochschulzugangsberechtigungen durch ein

kostenpflichtiges Sonder-Verfahren zu schleusen, nahtlos in die gesellschaftliche Debatte ein. Die Überzeugung, dass Menschen von außerhalb Deutschlands ständig versuchen würden, die deutschen staatlichen Versorgungssysteme - sei es nun Sozialhilfe oder das Bildungssystem - auszunutzen, ist ein rassistisches Sentiment, das weit in die Mitte der Gesellschaft hinein verbreitet ist. Das Studierendenparlament der HU bekennt sich zu einem antidiskriminatorischen Menschenbild und zu einem emanzipatorischen Anspruch inner- und außerhalb der Hochschule. Die HU - die nicht müde wird, sich ihrer aufklärerischen Wurzeln zu rühmen - muss diesem Trend entgegenwirken, anstatt im rassistischen Mainstream mitzuschwimmen. Für EU Bürger_innen die sich an der HU bewerben, widerspricht das Verfahren möglicherweise bereits jetzt dem Diskriminierungsverbot des Art. 18 AEUV.

Zusätzlich ist zu kritisieren, dass hier Verwaltungsgebühren für eine Arbeit entstehen, die eigentlich Aufgabe der Hochschulen ist. So liegt die Qualitätssicherung, also auch die Prüfung von Hochschulzugangsberechtigungen bei den Hochschulen. Die Übertragung dieser Aufgaben an einen Verein widerspricht der Verantwortung der Hochschulen, welche aus der Freiheit der Wissenschaft erwächst. Die Hochschulen lassen so zu, dass willkürlich über Gebühren und Verfahren entschieden werden kann. Die Aufgaben der Uni werden gleichzeitig outgesourced an einen externen Vereinen, die nicht durch dem Hochschulgesetz gebunden sind. So entsteht die Möglichkeit Mitarbeiter_innen für Tätigkeiten der Hochschule einzustellen ohne die bestehenden Tarifverträge auf sie anzuwenden. Das Studierendenparlament der HU kann diesen Zustand nicht länger hinnehmen. Wir fordern eine Hochschule, in der Menschen weder aufgrund ihrer Herkunft, ihrer ökonomischen Situation oder aus anderen Gründen diskriminiert werden. Auch nicht bei der Bewerbung. Nur so kann eine Hochschule ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

Dieser Beschluss wird folgenden Stellen mitgeteilt:

Der Präsident der Humboldt-Universität

Der Vizepräsident für Studium und Internationales der Humboldt-Universität

Der Akademische Senat der Humboldt-Universität

Der Abteilung für Studium und Internationales

Begründung:

Das StuPa ist zur Zeit der beste Ort, um eine Debatte wie die um uni-assist in die (Hochschul-)Öffentlichkeit zu bringen. Es ist außerdem lange überfällig, dass wir uns damit beschäftigen. Da das Thema die Zulassung zum Studium betrifft, ist das StuPa, dass Studierende in allen hochschulpolitischen Belangen vertreten soll, für das Thema zuständig. Die inhaltliche Begründung kann dem Beschlusstext entnommen werden.